



Allein bis Oktober wurden in Österreich rund 53.600 Asylanträge gestellt . . .

DEMOKRATIE IM RÜCKWÄRTSGANG

Allein bis jetzt wurden 2023 in Österreich mehr Asylanträge gestellt als die Stadt Wr. Neustadt Einwohner hat. Zudem stürzte uns die Politik in ein enormes Schuldendilemma. Statt sich auf Lösungen zu konzentrieren, belästigt man uns nun wieder mit U-Ausschuss-Schlamm-schlachten.



QUERGEDACHT
DI DR. KLAUS WOLTRON

Die Zahl der 2023 bisher allein in Österreich gestellten Asylanträge übertrifft die Einwohnerschaft von Wr. Neustadt. Und das Jahr ist noch nicht zu Ende. Kommen dabei auch so viele Ärzte, Polizisten, Krankenschwestern, qualifizierte Lehrer, Mechaniker, Wissenschaftler, Elektriker, Installateure, Soldaten, wie in dieser schönen Stadt notwendig sind, um das gewohnte Zusammenleben zu sichern? Werden binnen eines Jahres Energie, Abfallsorgung, Spitalsbetten, Gefängniszellen, Ordinationen etc. wie in Wr. Neustadt dafür aufgebracht? Die Antwort erübrigt sich. In wenigen Jahren wird das alles in ein Chaos münden. Die ersten Anzeichen zeigen sich überall.

Des Weiteren hat die Republik Österreich für jeden Bürger Schulden von mehr als 40.000 Euro aufge-

AKTEN-ANLIEFERUNGEN. Wühlen in der Vergangenheit als willkommene Ablenkung.



nommen (Insgesamt 380 Milliarden). Die Teuerung bleibt weiter hoch, das Heizen für manche unbezahlbar.

MIT VOLLER KRAFT IN DIE VERGANGENHEIT

Anstatt für all diese Herausforderungen Lösungen zu entwickeln, bereitet man hektisch weitere Untersuchungsausschüsse vor, konzentriert sich betulich auf die Vergangenheit und all das, was ohnehin nicht mehr zu ändern ist. „Der politische Wasserschaden ist noch nicht behoben“, stellte Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Neujahrsansprache fest. Er bezog sich dabei auf nicht aufgearbeitete Affären. Mittlerweile zogen 9 Monate ins Land – und siehe da! Anstatt den Rohrbruch schleunigst abzudichten, taten sich die Parteien zusammen, um die Ursachen der alten und neu hinzugekommenen Sumpfgelände

te erneut haarklein zu untersuchen.

Das gibt dem Normalbürger Rätsel auf: Sind unsere Parlamentarier etwa unfähig, aktuelle Probleme weitblickend zu vermeiden oder klug zu lösen, und konzentrieren sie sich deshalb auf die Vergangenheit? „Wir installieren lieber ein paar neue Untersuchungsausschüsse. Das ist einfacher und wirft Spesen ab“, scheint die Devise.

Eine Auswahl:

- Hypo-Ausschuss
- Ibiza-Ausschuss
- BVT-Affäre-Ausschuss
- Eurofighter-Ausschuss
- Ausschuss zur COVID-19-Pandemie
- Ausschuss zur Inseratenkorruption.

Weitere sollen alsbald folgen, als verdeckter Beitrag zum Wahlkampf.

So einfach machen es sich unsere Parlamentarier: Sie



Wr. Neustadt hat 48.000 Einwohner. Kommen dabei auch so viele Ärzte, Polizisten, Krankenschwestern, Lehrer, Mechaniker, Elektriker, Installateure und Wissenschaftler, wie diese schöne Stadt braucht?

schließen ihre Augen vor den echten Problemen, flüchten in Nebensächlichkeiten, Zank und Hader, und entfernen sich dabei meilenweit von den Ängsten und Anliegen der Bürger. Dieser wird sie an der Urne schmerzhaft abstrafen, so wie es in ganz Europa derzeit geschieht. Was steht uns bevor? Etwa eine unheilvolle Entwicklung wie in der Weimarer Republik?

Einander, honoriert mit Sitzungsgeld, mit Dreck zu bewerfen und zu hoffen, der Wähler werde das an der Urne entsprechend belohnen, ist ein direkter Weg ins Verhängnis: Abgestraft werden sowohl Ankläger als auch Angeklagte, umso mehr, als sich fast alle Parteien in beiden Rollen wiederfinden.

Als Flucht aus der Misere stehen dem Bürger nur wenige Alternativen zur Verfügung. Offenbar hat keine Partei wirklich Überzeugendes zu bieten – etwas, das effizienter wäre als die Ideen der Gegenseite.

Die längst abgedroschenen Parolen überzeugen nicht mehr. Am augenfälligsten sind die rückwärtsgewandten Fantasien linker Marxisten, die das Heil in längst als unbrauchbar erkannten Programmen suchen. Die Bürger wenden sich von den am Ruder befindlichen Cliquen ab und notgedrungen jenen zu, die am lautesten versprechen, alles zum Besseren zu wenden. Europaweit sind das durch die Bank rechte Gruppierungen.

➤ Ungarn: Fidesz, eine rechtsna-

tionale Partei unter Führung von Viktor Orbán.

➤ Italien: Die Fratelli d'Italia, eine rechtsnationale Partei unter Führung von Giorgia Meloni.

➤ Niederlande: Die PVV, eine rechtspopulistische Partei unter Führung von Geert Wilders, ist seit 2023 in den Niederlanden die stärkste Partei.

➤ Dänemark: Die Dänische Volkspartei, eine rechtspopulistische Partei, ist seit 2019 die größte Oppositionspartei in Dänemark.

➤ Deutschland: Die AfD, eine rechtspopulistische Partei, ist in Umfragen zur zweitstärksten Fraktion angewachsen.

➤ Frankreich: Das Rassemblement National, eine rechtspopulistische Partei unter Führung von Marine Le Pen, ist seit 2022 die größte Oppositionspartei.

Überall hat der Rechtsruck dieselben Ursachen:

- Angst vor Einwanderung
- Unzufriedenheit mit der Globalisierung
- Teuerung
- Wachsende Ungleichheit.

Hierzulande ist die FPÖ in Umfragen derzeit stärkste Partei. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie bei den nächsten Wahlen diese Position halten kann, ist groß.

DIE POLITIK HAT SICH MEILENWEIT VON DEN ÄNGSTEN & ANLIEGEN DER BÜRGER ENTFERNT. DER HUT BRENNT.

Wird sie, in welcher Koalition auch immer, die hohen Erwartungen der verzweifelnden, wütenden Wähler erfüllen können? In diesem Zusammenhang sind die über jeden Verdacht erhabenen Überlegungen des Migrationsforschers Gerald Knaus im Zusammenhang mit der Einführung von Asylverfahren in sicheren Drittstaaten Afrikas (z.B. Ruanda) sicher überprüfenswert.

DOPPELBÖDIGE ROLLE DER EU IN DER FLÜCHTLINGSFRAGE

Was die doppelbödige Rolle der EU in Flüchtlingsfragen anlangt, sei ihr eine Portion von Gorbatschow'scher „Perestroika und Glasnost“ (Umbau und Transparenz) empfohlen, ebenso in Bezug auf die fehlenden Kontrollen der EZB.

Als Gipfelpunkt mangelnder Empathie will man dem Bürger den zweifelhaften Genuss des Untersuchungsgetöses im TV zumuten. Dass damit die letzten Reste von Vertrauen in die Hüter der Demokratie verschwinden werden, ist gewiss. Als Ersatz für die Pradler Ritterspiele oder den verewigten Freistilringer Adi Blemenschütz könnten die Schlammschlachten vielleicht erhalten.

Die seinerzeitige Aktualisierung des in einem dieser zahllosen Ausschüsse getätigten Götz-Zitats durch die Neos-Abgeordnete Frau Dr. Krisper („... geht mir am Oasch“) wird dafür auf jeden Fall als treffender Kommentar übrig bleiben. ■